

## 3.55 Langer Atem für Kinder und Jugendliche – Ansagen des BDKJ zur Bundestagswahl 2009

Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung vom 14. – 17. Mai 2009

### Nachhaltige Politik für die junge Generation

Staat und Gesellschaft stehen vor vielen Problemen und damit einhergehenden Entscheidungen, die direkt oder indirekt die junge Generation betreffen. Die Probleme unseres Landes dürfen auch im Wahlkampf nicht dem Parteienstreit zum Opfer fallen. Langfristige und nachhaltige Lösungsansätze müssen im Vordergrund der Debatten stehen. Neben den tagesaktuellen Problemlösungen erwarten Kinder und Jugendliche Antworten auf die grundsätzlichen gesellschaftlichen Fragen. Politiker/-innen müssen sich glaubhaft für ein Zusammenleben in gegenseitiger Anerkennung, für gerechte Lebensbedingungen für alle und für ein Leben im Einklang mit den natürlichen Ressourcen einsetzen.

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) nimmt aktuelle Themen des Wahljahres 2009 zum Anlass, aus Sicht der jungen Generation und vor dem Hintergrund der katholischen Soziallehre, langfristige und nachhaltige Strategien zur Lösung schwerwiegender Probleme zu fordern.

### Konjunkturpakete nicht auf Kosten anderer Gesellschaftsbereiche

Unter anderem hat das 2. Vatikanische Konzil in *Gaudium et spes* verdeutlicht, dass „(...) doch der Mensch Urheber, Mittelpunkt und Ziel aller Wirtschaft“ ist. In den vergangenen Jahrzehnten folgten die Finanz- und Wirtschaftsmärkte weltweit der Ideologie des grenzenlosen Wachstums mit möglichst geringer staatlicher Kontrolle. Mit Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 wurden die Fehlentwicklungen endgültig offenbar. Auch die Bundesrepublik Deutschland ist zu schnellem Handeln aufgefordert gewesen. In erstaunlich kurzen Zeitspannen wurden mit dem so genannten Finanzmarktstabilisierungsgesetz und den Maßnahmen der Konjunkturpakete viele Milliarden Euro bereitgestellt, um die Wirtschafts- und Finanzsysteme zu stützen.

Waren schnelle Hilfen wahrscheinlich notwendig, um Schlimmeres zu verhindern, so erscheinen die Steuerung und die Folgen der Unterstützung allerdings fraglich. Zum einen erhalten nur einzelne ausgewählte Branchen Unterstützungsmaßnahmen. Zum ande-

ren wird nicht ausreichend sichergestellt, wie die Steuergemeinschaft ihre eingesetzten Gelder, im Falle zukünftiger Gewinne wieder zurückerhält. So erhält der Bürger/die Bürgerin den Eindruck, dass Gewinne Einzelnen dienen, während die Verluste die Gemeinschaft zu tragen hat. Zu diesem Eindruck hat auch beigetragen, dass in diesen so weit reichenden Entscheidungen die üblichen Formen außerparlamentarischer Beteiligung weitgehend außer Acht gelassen wurden.

Insbesondere zeigt sich deutlich, dass Bund und Länder sehr wohl in kurzer Zeit sehr hohe Beiträge organisieren können, sofern dies erklärter politischer Wille ist. Die Bundesregierung muss sich künftig daran messen lassen, ob sie auch für andere gesellschaftlich entscheidende Bereiche, wie z. B. Daseinsvorsorge, Bildung, Klima- und Umweltschutz, aber auch für weltweite Verpflichtungen in der Entwicklungszusammenarbeit Geld in die Hand nimmt, um gravierende Mängel zu beseitigen:

#### 1. Jugendarbeitslosigkeit und mangelnde Ausbildungsplätze – Weiterhin zwei große Probleme

Im letzten Jahr hatte die Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt einen Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit zur Folge. Mit der Finanzkrise und den negativen Auswirkungen für den Arbeitsmarkt hat sich allerdings gezeigt, dass die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen besonders sensibel auf Veränderungen am Arbeitsmarkt reagiert. Die Zahl arbeitsloser Jugendlicher ist mit den Auswirkungen der Finanzkrise am Arbeitsmarkt stark gestiegen. Hinzu kommt, dass Jugendliche und junge Erwachsene in stärkerem Maße von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen sind.

Die Situation am Ausbildungsmarkt zeigt sich Jahr für Jahr nicht zufrieden stellend. Von einem ausreichenden, auswahlfähigen Angebot an Ausbildungsplätzen kann weiterhin nicht gesprochen werden. Ein solches gibt es schon seit 1995 nicht mehr. Die Ausbildungsbilanz 2008 war damit schon die vierzehnte hintereinander, die den angestrebten Wert von 12,5 % mehr Ausbildungsplätzen als Ausbildungsplatzbewerber/-innen unterschritten hat. Die Betriebe kommen ihrer Ausbildungsverpflichtung nicht in ausreichendem Maße nach.



Besonders betroffen von dieser Situation sind individuell beeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche, die so gut wie keine Perspektive auf eine Integration in das System von Qualifizierung und Arbeit erhalten. Unter ihnen gibt es eine zunehmende Zahl von ausgegrenzten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, denen kein passendes und perspektivisches Integrationsangebot gemacht wird, deren Teilhabe nicht mehr im Blick der Bemühungen ist und die dadurch resignieren.

Es geht darum, für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein Recht auf Qualifizierung und Ausbildung einzulösen und ihre Perspektiven, die auch Perspektiven der Gesellschaft sind, zu verbessern und zu erhalten.

Wir fordern,

- die Perspektiven aller Jugendlichen, durch die Einlösung eines Rechts auf Arbeit bzw. eines Rechts auf eine sinnstiftende Tätigkeit zu eröffnen und vom Mythos der Vollbeschäftigung in Erwerbsarbeit Abschied zu nehmen;
- die Anstrengungen besonders benachteiligte Jugendliche zu integrieren und Angebote für diese zu schaffen, zu verstärken;
- den Erhalt des dualen Ausbildungssystems und die Verknüpfung mit einem gesetzlichen Ausbildungsfonds, in den alle Betriebe einzahlen und aus dem die ausbildenden Betriebe für ihr Engagement belohnt werden;
- die Verankerung und Einlösung eines Rechts auf Ausbildung für alle Jugendlichen.

## 2. Kinder- und Jugendarmut – die Zahlen sind skandalös

Kindern und Jugendlichen gebühren jeglicher Schutz und die Sicherung angemessener Lebensumstände. Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2008 nennt 1,9 Millionen Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren, die auf staatliche finanzielle Unterstützung angewiesen sind. In Berlin leben sogar 37,1% der Kinder unter 15 Jahren von Hartz IV. Mit dieser zu geringen Unterstützung bleiben arme Kinder deutlich hinter den Lebensbedingungen zurück, die in Deutschland als normal gelten. Damit werden sie in vielen Lebensbereichen von Teilhabe ausgeschlossen.

Wir fordern,

- die Einführung eines Grundeinkommens für alle Bürgerinnen und Bürger, dies schließt ein Grundeinkommen in gleicher Höhe für alle Kinder und Jugendlichen ein;
- Maßnahmen zu einem gesunden Aufwachsen aller

Kinder und Jugendlichen. Das schließt umfassende Gesundheitsvorsorge und Kassenleistungen sowie kostenfreie und gesunde Mahlzeiten in Ganztagschulen mit ein;

- neben der monetären Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Kinder und Jugendliche und ihre Familien, die lokalen Infrastrukturen in den Bereichen Bildung, Sport, Kultur und Jugendhilfe auszubauen, qualitativ zu verbessern und Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen.

## 3. Bildung - Der ganzheitliche Blick fehlt immer noch

Bildungsgerechtigkeit ist in Deutschland immer noch nicht erreicht. Die Zahlen der Schulabbrecher/-innen gehen nicht zurück. Allein im Jahr 2007 verließen mehr als 76.000 Schüler/-innen die Schule ohne Hauptschulabschluss (BMFSFJ: [www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=109272.html](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=109272.html), 2009). Eine individuelle, an den eigenen Fähigkeiten und Schwächen orientierte Förderung aller Schüler/-innen fehlt. Die soziale Herkunft wirkt weiterhin wie eine gläserne Wand im Bildungssystem.

Aber auch die vermeintlichen Leistungsträger/-innen im Bildungssystem sind nicht nur Gewinner/-innen. Die Zahlen der psychischen, wie psychosomatischen Auffälligkeiten und Erkrankungen bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen nehmen in dramatischem Maße zu. Kindern und Jugendlichen fehlen oft freie Zeiten und Räume zur ganzheitlichen Entwicklung ihrer Persönlichkeit. Verkürzung der gymnasialen Schulzeiten ohne Anpassung der Curricula, Verschulung des universitären Betriebs sowie der Trend zur Verzweckung der Bildung für den Arbeitsmarkt verstärken den Druck, unter dem Kinder und Jugendliche und Junge Erwachsene stehen. (Berufsverband Deutscher Psychologen und Psychologinnen: Bericht zur Kinder- und Jugendgesundheit in Deutschland, 2007; u. a.)

Zusätzlich bedingen diese Entwicklungen auch den Rückgang ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen. Damit beraubt sich eine demokratische und freiheitliche Gesellschaft selbst ihrer Zukunft.

Wir fordern,

- eine längere gemeinsame Schulzeit unabhängig vom angestrebten Schulabschluss;
- eine individuelle Förderung aller Kinder und Jugendlichen, auch unter Berücksichtigung der Diversitäten;
- die auf die Schule eng geführte Diskussion auf die unerlässlichen Anteile der non-formalen und informellen Bildung auszudehnen;

- die Ausgaben für Schul-, Hochschul-, Aus- und Weiterbildung mindestens auf das Durchschnittsniveau der OECD-Länder anzuheben;
- Kostenfreiheit von der frühkindlichen Bildung bis zu einer Erstausbildung bzw. einem Studienabschluss;
- den Erhalt der Möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, sich frei zusammenzuschließen und ihre Freizeit selbst organisiert und demokratisch zu gestalten. Das erfordert freie Zeit, die zur selbst bestimmten Verfügung steht und geeignete Rahmenbedingungen wie Orte, Räume und Personen;
- den Ausbau der Förderung außerschulischer Jugendbildung;
- bei einer Entscheidung für eine Schulzeitverkürzung, an die Bedürfnisse der Schüler/-innen angepasste Lehrpläne;
- im Rahmen der Ganztagschule die Erledigung aller schulisch vorgegebenen Aufgaben bis zum Schulschluss, spätestens um 16 Uhr und einen freien Nachmittag, zusätzlich zum Freitag.

#### 4. Klimaschutzziele beibehalten und konsequent verfolgen

Mit dem Kyoto-Protokoll, den europäischen und den deutschen Klimaschutzzielen sind erste wichtige Schritte zum Stopp der Klimaerwärmung gegangen worden. Angesichts wirtschaftlicher und sozialer Bedrängnis nehmen wir eine Distanzierung der Regierungsparteien von den gesetzten Zielen wahr. Mehrheitlich besteht noch der Irrglaube, dass wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz sich gegenseitig ausschließen. Neben einer nachhaltigen Klima- und Umweltpolitik, die benötigt wird, um zukünftigen Generationen ein Leben überhaupt noch zu ermöglichen, sind für das Hochlohnland Deutschland innovative Technologien dringend notwendig, um die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit zu sichern. Diese Aufgaben müssen als internationale Aufgaben verstanden werden. Gerade die Länder des Südens dürfen nicht vergessen werden. Sie benötigen unser konsequentes Handeln, um die Klimaerwärmung und die damit einhergehenden Katastrophen einzudämmen. Sie benötigen darüber hinaus Unterstützung, die eigenen speziellen Anforderungen ebenfalls umwelt- und ressourcenschonend anzugehen.

Wir fordern,

- die konsequente Umsetzung der gesetzten Klimaschutzziele;
- den intensiven Ausbau der Nutzung regenerativer Energien;
- ein Festhalten am beschlossenen Zeitplan zum Ausstieg aus der Atomenergie;
- ein Tempolimit auf den Autobahnen von 120 h/km;
- konjunkturfördernde Anstrengungen umwelt- und

klimagerecht zu gestalten;

- politische und finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer in ihren Bemühungen, Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels voranzubringen.

#### 5. Migration und Integration – Einladende Konzepte statt stigmatisierender Pläne

In Deutschland lebten im Jahr 2007 7,3 Mio. Bürger/-innen mit ausländischem Pass und 8,1 Mio. Deutsche mit Migrationshintergrund. Von diesen insgesamt 15,4 Mio. sind 4,9 Mio. Bürger/-innen bereits in Deutschland geboren (Statistisches Bundesamt: Ergebnisse des Mikrozensus 2007, Wiesbaden 2009). Unterschiedliche Hautfarben, Religionszugehörigkeiten und Sprachfärbungen gehören zum Alltag in Deutschland. Dennoch zeigen Studien, dass Migrant/-innen oder Deutsche anderer Herkunft, Hautfarbe, Sprache oder Religion sich oft nicht willkommen fühlen und teilweise sogar mit Angst um Leib und Leben zu kämpfen haben (vgl. TASD-Studie, 2008).

Die Integrationspolitik muss eine gleichberechtigte und gleichwertige Teilhabe von Migrantinnen und Migranten sowie Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben unter Respektierung kultureller Vielfalt zum Ziel haben. Integration ist ein wechselseitiger Prozess. Sie erfordert Anstrengungen von der Aufnahmegesellschaft wie von den Menschen mit Migrationshintergrund und unterscheidet sich damit deutlich von einer Assimilation, die lediglich von Migrantinnen und Migranten eine einseitige Anpassung verlangt.

Wir fordern,

- einladende Konzepte zur Integration von Migrant/-innen;
- Einbeziehen der interkulturellen Fähigkeiten und Erfahrung der Menschen mit Migrationshintergrund in alle gesellschaftlichen Bereichen;
- Ausbau des muttersprachlichen Unterrichts;
- Maßnahmen zum Abbau von fremdenfeindlichen Stereotypen und zum Ausbau interkultureller Kompetenzen;
- keine Stigmatisierung in politischen Äußerungen;
- die Förderung von Maßnahmen und Initiativen zur Bekämpfung rechtsextremistischer Gedankengutes und rechtsextremer Gewalttaten;
- alle Hindernisse, die eine umfassende Teilhabe im oben genannten Sinne verhindern, abzubauen.

#### Fairer Wahlkampf in verständlicher Sprache

Wahlkämpfe verschaffen den politischen Parteien und ihren Akteur/-innen ein besonderes Maß an Aufmerk-

samkeit. Ihre Gestaltung muss in besonderer Verantwortung erfolgen, da sie das Bild der politischen Kultur maßgeblich prägen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht an den Debatten tatsächlich beteiligt zu sein.

Der BDKJ fordert deshalb von allen Parteien, Politikerinnen und Politikern:

- einen Sachthemen bezogenen Wahlkampf mit klar verständlichen Konzepten mit verständlichen und belastbaren Aussagen, die sich nicht nach der Wahl als leere Worthülsen entpuppen.
- einen fairen sachlichen Wahlkampf, bei dem auf jede Art der Diskriminierung von Minderheiten verzichtet wird.

### **Kein Wahlkampf ohne Jugend!**

Wahlrecht haben in Deutschland Bürgerinnen und Bürger in der Regel erst ab 18 Jahren. Deswegen haben Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene oft schon im Wahlkampf den Eindruck, dass ihre Stimme nicht gehört wird und ihre Meinung nicht zählt. Im BDKJ werden Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene dazu ermutigt und befähigt eine qualifizierte Meinung zu bilden und sich politisch einzumischen.

Der BDKJ fordert deshalb von allen Parteien, Politikerinnen und Politikern, die Jugend im Wahlkampf zu berücksichtigen. Stimmen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen müssen eingefordert, gehört, ernst genommen und in die Partei- und Regierungsprogramme eingebunden werden. So kann der oft beklagten Politikverdrossenheit entgegen gewirkt werden.